



Plenartagung

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 13. bis 16. Februar 2012

- Kälteopfer: EP drängt auf EU-Strategie zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit ...** 4
- Die Abgeordneten drängen die Europäische Kommission dazu, ihrer Forderung nach einer EU-Strategie zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit von September 2011 nachzukommen, zumal der jüngste Kälteeinbruch in Europa bislang mehrere Hundert Todesopfer, zumeist Obdachlose, forderte. In der EU sind drei Millionen Menschen obdachlos.
- Parlament bereitet sich auf den nächsten EU-Gipfel vor.....** 5
- Auf dem Gipfeltreffen vom 1. bis 2. März wird Europas Wirtschaftslage erneut im Mittelpunkt der Diskussionen stehen. Im Vorfeld des Gipfels werden die EU-Abgeordneten ihre Prioritäten darlegen, dessen Ziel es ist, die erste Stufe des sogenannten Europäischen Semesters, einem Instrument für wirtschaftliche Koordinierung, und die Fortschritte bei der Überwindung der Krise zu bewerten.
- Italienischer Premierminister Mario Monti richtet sich an das Hohe Haus.....** 6
- Am Mittwoch um 15 Uhr werden die EU-Parlamentarier mit dem italienischen Premierminister Mario Monti die Wirtschaftslage in Italien und Europa erörtern. Nach Montis Rede an das Hohe Haus werden die Fraktionsvorsitzenden das Wort ergreifen.
- Zur Lage in Syrien** 7
- Im Namen der EU-Chefdiplomatin Catherine Ashton wird ein Vertreter der dänischen Ratspräsidentschaft am Mittwochnachmittag im Plenum Stellung zur Lage in Syrien nehmen.
- Resolution zu den jüngsten politischen Entwicklungen in Ungarn.....** 8
- Nach einer hitzigen Debatte mit dem ungarischen Premierminister Viktor Orbán am 18. Januar 2012 werden die Abgeordneten über eine Resolution zu den jüngsten politischen Entwicklungen in Ungarn abstimmen.
- Russland: EU-Abgeordnete kommentieren Wahlen** 9
- Die EU-Abgeordneten werden Stellung zur Situation in Russland in einem am Mittwoch abzustimmenden Entschließungsantrag beziehen. Sie werden sich dabei auf die Parlamentswahlen, die jüngsten Demonstrationen und die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen im März konzentrieren.
- Nahrungsmittelhilfe für bedürftige EU-Bürger sichern.....** 10
- Am Dienstag findet eine Plenardebatte über einen Vorschlag zur Rettung des EU-Programms für Nahrungsmittelhilfe für bedürftige EU-Bürger statt. Sollten die Abgeordneten den mit dem Rat ausgehandelten Kompromiss in der Abstimmung am Mittwoch billigen, wird das Programm bis Ende 2013 mit bis zu 500 Mio. Euro jährlich weiterlaufen.
- Trotz Haushaltsdisziplin muss mehr für Wachstum und Beschäftigung getan werden** 11
- Mitgliedstaaten müssen ihre Reformvorhaben entschlossen und sichtbar in die Tat umsetzen, um eine weiter reichende wirtschaftliche Koordination zu ermöglichen, so die Reaktion des Parlaments auf den Jahreswachstumsbericht und die Beschäftigungsrichtlinien der Kommission. In den am Mittwoch abzustimmenden Resolutionsanträgen werden mehr Initiativen für Wachstum, Beschäftigung und gegen Armut gefordert.
- EU-Mittel umleiten, um neue Jobs für junge Leute zu fördern.....** 12



Plenartagung

Am Montag werden die Abgeordneten die Kommission befragen, wie sie Gelder aus den Strukturfonds, die noch keinen bestimmten Projekten zugeordnet worden sind, umleiten will. 82 Mrd. Euro sollen auf diesem Weg für kleine und Mittelbetriebe und zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit bereitgestellt werden.	
Eurobonds: Was nun?	13
Am Dienstag werden die Abgeordneten die Kommission zum Stand der Dinge rund um das Grünbuch „Eurobonds“ und zu den Reaktionen der Mitgliedstaaten befragen. Euroanleihen könnten mittelfristig zu mehr Stabilität in der Eurozone beitragen, kurzfristig bedarf es aber anderer Instrumente, um den unmittelbaren Herausforderungen gerecht zu werden, heißt es in einer am Mittwoch abzustimmenden Resolution.	
Faire Preise für Milchbauern	14
Gerechte Preise für Rohmilch sollen Milchbauern ein besseres Einkommen sichern und ihnen die Umstellung auf die Zeit nach dem Auslaufen der Milchquotenregelung im Jahr 2015 erleichtern. Die mit dem Rat bereits informell vereinbarte Neuregelung wird am Dienstag im Plenum erörtert und am Mittwoch verabschiedet.	
Bessere Regelungen gegen Blauzungenkrankheit	15
Am Dienstag wird das Parlament über eine Novellierung bestehender Regeln abstimmen, die die flexiblere Nutzung von neuen Impfstoffen gegen die Blauzungenkrankheit erlauben. Diese Erkrankung betrifft Wiederkäuer wie Rinder, Schafe und Ziegen. Sollten die Abgeordneten den Kompromiss, der mit dem Rat erzielt wurde, absegnen, könnten die neuen Impfstoffe bereits während der Impfsaison 2012 verstärkt eingesetzt werden.	
Funkfrequenzen für mobile Breitbanddienste bereitstellen	16
Der vorläufige Deal mit den Mitgliedstaaten über die beste Neuzuteilung des Funkfrequenzspektrums wird am Dienstag zur Abstimmung stehen. Diese Funkfrequenzen werden durch die Umstellung von analogem auf digitales Fernsehen frei für neue Nutzungsmöglichkeiten und könnten beispielsweise für kabellose Breitbanddienste bereitgestellt werden.	
Versteckte Bankgebühren bei grenzüberschreitenden Zahlungen sollen abgeschafft werden	17
Versteckte Bankgebühren bei grenzüberschreitenden Zahlungen sollen nach neuen EU-Regeln, die am Dienstag zur Abstimmung stehen, abgeschafft werden.	
Bankeinlagensicherung: Abgeordnete fordern Ausweg aus der Sackgasse	18
Gebeutelte Banken müssen dazu verpflichtet werden, einen Teil des Geldes von Einlegern binnen fünf Werktagen nach Antrag auszuzahlen. Dies fordern die Parlamentarier in einem Resolutionsentwurf, über den am Donnerstag abgestimmt wird. Die Argumentation der Mitgliedstaaten, dass Einlagensicherungstöpfe erst aufgefüllt werden sollten, wenn eine gesonderte Gesetzgebung zum Management der Bankenkrise abgeschlossen ist, lassen die Abgeordneten nicht gelten.	
Blinden Menschen soll der Zugang zu Büchern geebnet werden	19
Die EU-Abgeordneten wollen von der Kommission wissen, ob es eine Möglichkeit gibt, einen internationalen Vertrag zu verabschieden, der es Menschen mit Sehbehinderungen und Fachorganisation gestattet, Kopien von urheberrechtlich geschützten Werken zugänglich zu machen. Die Kommission schlägt Vereinbarungen mit Interessengruppen in der EU und eine freiwillige Empfehlung auf internationaler Ebene vor. Die Gemeinschaft der Blinden in Europa hält beide für völlig unzureichend.	
Weitere Punkte der Tagesordnung	20

Plenartagung

Pressedienst (Brüssel) :

Ayla Sultan ÇIÇEK

BXL: (+32) 2 28 41009

STR: (+33) 3 881 74151

PORT: (+32) 498 98 13 37

EMAIL: presse-de@europarl.europa.eu

Pressedienst (Brüssel) :

Michaela FINDEIS

BXL: (+32) 2 28 31141

STR: (+33) 3 881 73603

PORT: (+32) 498 98 33 32

EMAIL: presse-de@europarl.europa.eu

Pressedienst (Berlin) :

Jens POTTTHARST

STR: (+33) 3 881 64025

PORT: (+49) 151 17 257 196

EMAIL: jens.pottharst@europarl.europa.eu

ADDINFO: (+49) 30 22 80 12 00

Pressedienst (Wien) :

Huberta HEINZEL

STR: (+33) 3 881 74646

PORT: (+43) 676 550 3126

EMAIL: huberta.heinzel@europarl.europa.eu

ADDINFO: (+43) 1 516 17 201

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/newsletter>

Weitere Informationen:

- [Tagesordnung](#)
- [Plenarsitzung live auf EuroparlTV](#)
- [Live-Übertragungen der Pressekonferenz auf EP Live](#)
- [Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen live](#)
- [Webseite des Audiovisuellen Dienstes des EP \(EN\)](#)

Plenartagung

Kälteopfer: EP drängt auf EU-Strategie zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit

Die Abgeordneten drängen die Europäische Kommission dazu, ihrer Forderung nach einer EU-Strategie zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit von September 2011 nachzukommen, zumal der jüngste Kälteeinbruch in Europa bislang mehrere Hundert Todesopfer, zumeist Obdachlose, forderte. In der EU sind drei Millionen Menschen obdachlos.

Die Debatte ist der erste Punkt auf der Tagesordnung der Plenarsitzung am Montagmittag um 17:00 Uhr.

Debatte: Montag, 13. Februar 2012

Verfahren: Stellungnahme der Kommission

Weitere Informationen:

- [Entschließung des Europäischen Parlaments zu einer EU-Strategie zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit](#)

Plenartagung

Parlament bereitet sich auf den nächsten EU-Gipfel vor

Auf dem Gipfeltreffen vom 1. bis 2. März wird Europas Wirtschaftslage erneut im Mittelpunkt der Diskussionen stehen. Im Vorfeld des Gipfels werden die EU-Abgeordneten ihre Prioritäten darlegen, dessen Ziel es ist, die erste Stufe des sogenannten Europäischen Semesters, einem Instrument für wirtschaftliche Koordinierung, und die Fortschritte bei der Überwindung der Krise zu bewerten.

Debatte: Mittwoch, 15. Februar 2012

Verfahren: Erklärungen des Rates und der Kommission

Weitere Informationen:

- [Tagesordnung des Europäischen Rates](#)

Plenartagung

Italienischer Premierminister Mario Monti richtet sich an das Hohe Haus

Am Mittwoch um 15 Uhr werden die EU-Parlamentarier mit dem italienischen Premierminister Mario Monti die Wirtschaftslage in Italien und Europa erörtern. Nach Montis Rede an das Hohe Haus werden die Fraktionsvorsitzenden das Wort ergreifen.

Debatte: Mittwoch, 15. Februar 2012

Presskonferenz: tbc

Plenartagung

Zur Lage in Syrien

Im Namen der EU-Chefdiplomatin Catherine Ashton wird ein Vertreter der dänischen Ratspräsidentschaft am Mittwochnachmittag im Plenum Stellung zur Lage in Syrien nehmen.

Debatte: Mittwoch, 15. Februar 2012

Abstimmung: Donnerstag, 16. Februar 2012

Verfahren: Entschließungsantrag im Namen der Fraktionen

Plenartagung

Resolution zu den jüngsten politischen Entwicklungen in Ungarn

Nach einer hitzigen Debatte mit dem ungarischen Premierminister Viktor Orbán am 18. Januar 2012 werden die Abgeordneten über eine Resolution zu den jüngsten politischen Entwicklungen in Ungarn abstimmen.

Am 17. Januar 2012 hat die Kommission beschleunigte Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn eingeleitet. Dabei handelt es sich um die Unabhängigkeit der nationalen Zentralbank, die Zwangsfrühpensionierung von Richtern und Staatsanwälten im Alter von 62 statt 70 Jahren und die Unabhängigkeit der nationalen Datenschutzbehörde. Die ungarischen Behörden haben einen Monat Zeit, um darauf zu reagieren.

Debatte: Mittwoch, 18. Januar 2012

Abstimmung: Mittwoch, 15. Februar 2012

Verfahren: Entschließungsantrag in Namen der Fraktionen

Weitere Informationen:

- [Pressemitteilung nach öffentlichen Anhörung des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten \(09.02.2012\)](#)
- [Artikel zur Plenardebatte mit Viktor Orbán](#)
- [Pressemitteilung nach der Abstimmung im Ausschuss \(12.01.2012\)](#)

Plenartagung

Russland: EU-Abgeordnete kommentieren Wahlen

Die EU-Abgeordneten werden Stellung zur Situation in Russland in einem am Mittwoch abzustimmenden Entschließungsantrag beziehen. Sie werden sich dabei auf die Parlamentswahlen, die jüngsten Demonstrationen und die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen im März konzentrieren.

Die Debatte zur Situation in Russland fand bereits während der Brüsseler Plenarsitzung am 1. Februar statt.

Debatte: Mittwoch, 1. Februar 2012

Abstimmung: Mittwoch, 15. Februar 2012

Verfahren: Entschließungsantrag der Fraktionen

Weitere Informationen:

- [Plenardebatte vom 01.02.2012](#)

Plenartagung

Nahrungsmittelhilfe für bedürftige EU-Bürger sichern

Am Dienstag findet eine Plenardebatte über einen Vorschlag zur Rettung des EU-Programms für Nahrungsmittelhilfe für bedürftige EU-Bürger statt. Sollten die Abgeordneten den mit dem Rat ausgehandelten Kompromiss in der Abstimmung am Mittwoch billigen, wird das Programm bis Ende 2013 mit bis zu 500 Mio. Euro jährlich weiterlaufen.

Die kostenlose Verteilung von Nahrungsmitteln an Europas ärmste Bürger wurde 1987 im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) eingeführt. Das Programm geriet in Gefahr, nachdem der Europäische Gerichtshof im April 2011 den Zukauf von Nahrungsmitteln auf dem freien Markt beanstandet hatte; einzig Nahrungsmittel aus den (schrumpfenden) Agrarüberschüssen der EU dürften verteilt werden.

Um einen abrupten Kürzung der Lebensmittelhilfe in Zeiten steigender Nachfrage zu vermeiden, hat das Parlament im Juli 2011 in einer Entschließung eine Lösung zur Aufrechterhaltung des Programms gefordert.

Der EU-Ministerrat hatte erst im November 2011 die vorgeschlagene Novellierung zur Rettung des Programms akzeptiert, nachdem Deutschland einer Fortsetzung mit entsprechender Mittelausstattung bis 2013 zugestimmt hatte.

Die Nahrungsmittelhilfe kommt derzeit 18 Millionen bedürftigen Menschen in 20 EU-Mitgliedsländern zugute.

Debatte: Dienstag, 14. Februar 2012

Abstimmung: Mittwoch, 15. Februar 2012

Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren (Mitentscheidung), Zweite Lesung

Presskonferenz: Mittwoch, 15. Februar um 15:00 Uhr

Weitere Informationen:

- [Pressemitteilung nach der Abstimmung im Ausschuss \(06.02.2012\)](#)
- [Berichtsentwurf des Landwirtschaftsausschusses in zweiter Lesung \(06.02.2012\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Czesław Adam SIEKIERSKI \(EVP, PL\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)
- [Entschließung des Parlaments zur Fortführung des Programms für Nahrungsmittelhilfe \(07.07.2011\)](#)
- [Jährliche Verteilungspläne des EU-Programms für Nahrungsmittelhilfe \(nach dem Spruch des EuGH\)](#)
- [Webseite der Kommission zum Nahrungsmittelhilfsprogramm](#)

Plenartagung

Trotz Haushaltsdisziplin muss mehr für Wachstum und Beschäftigung getan werden

Mitgliedstaaten müssen ihre Reformvorhaben entschlossen und sichtbar in die Tat umsetzen, um eine weiter reichende wirtschaftliche Koordination zu ermöglichen, so die Reaktion des Parlaments auf den Jahreswachstumsbericht und die Beschäftigungsrichtlinien der Kommission. In den am Mittwoch abzustimmenden Resolutionsanträgen werden mehr Initiativen für Wachstum, Beschäftigung und gegen Armut gefordert.

Überdies werden die Abgeordneten in der Fragestunde an die Kommission am Dienstagmorgen Wachstum und Beschäftigung im Dienstleistungssektor diskutieren.

Im Resolutionsantrag zum Jahreswachstumsbericht heißt es, dass Banken gezwungen werden müssten, der Realwirtschaft mehr zu leihen. Zudem fordern die Abgeordneten noch vor dem Sommer die Vorlage von Gesetzesvorschlägen zur Eindämmung der Bankenkrise. Die Abgeordneten wollen von der Kommission erfahren, was die Mitgliedstaaten unternehmen, um die geforderten Reformvorhaben durchzusetzen.

Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

In allen drei Resolutionsanträgen wird hervorgehoben, dass Haushalts-, Wachstums- und Beschäftigungsmaßnahmen gemeinsam ergriffen werden müssen. Im Entschließungsantrag zu beschäftigungs- und sozialpolitischen Aspekten wird vom Rat gefordert, sicherzustellen, dass die Haushaltskonsolidierung nicht zu zunehmender Armut führt oder Bemühungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bremst.

Die Abgeordneten betonen zudem, dass die derzeit geltenden Ziele der Mitgliedstaaten, wie sie in den nationalen Reformprogrammen formuliert sind, nicht ausreichen, um die Kernziele der Strategie Europa 2020 in den Bereichen Beschäftigung, Bildung und Armutsbekämpfung zu erreichen.

Debatte: Dienstag, 14. Februar 2012 (Fragestunde an die Kommission) und Mittwoch, 15. Februar 2012

Abstimmung: Mittwoch, 15. Februar 2012

Verfahren: Zustimmung, nichtlegislative Entschlüsse

Pressekonferenz: Dienstag, 14. Februar 2012 um 17:00 Uhr

Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf zu beschäftigungs- und sozialpolitischen Aspekten im Jahreswachstumsbericht 2012](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Marije Cornelissen \(Grüne/EFA, NL\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)
- [Berichtsentwurf über den Beitrag zum Jahreswachstumsbericht 2012](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Jean-Paul Gauzès \(EVP, FR\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)
- [Berichtsentwurf zu Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Pervenche BERÈS \(S&D, FR\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

Plenartagung

EU-Mittel umleiten, um neue Jobs für junge Leute zu fördern

Am Montag werden die Abgeordneten die Kommission befragen, wie sie Gelder aus den Strukturfonds, die noch keinen bestimmten Projekten zugeordnet worden sind, umleiten will. 82 Mrd. Euro sollen auf diesem Weg für kleine und Mittelbetriebe und zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit bereitgestellt werden.

Die Abgeordneten wollen erfahren, wie die Kommission diese Summe errechnet hat, wie sie Geldmittel aus den Strukturfonds für 2012 und 2013, die noch nicht verbindlich zugeteilt worden sind, umzuwidmen gedenkt und wie sie mit Mitgliedstaaten umzugehen plant, die sich gegen eine Umschichtung der Mittel innerhalb Fonds wehren.

Zudem werden die Europaparlamentarier nachfragen, wie sich die Erhöhung der EU-Kofinanzierungsrate für regionale Entwicklungsprojekte, der das Parlament im Dezember 2011 zugestimmt hat, in den Absorptionsraten von EU-Fondsmitteln in jenen Ländern niederschlägt, die von der Krise am stärksten betroffen sind.

Debatte: Montag, 13. Februar 2012

Verfahren: Mündliche Anfrage an die Kommission

Pressekonferenz: Dienstag, 14. Februar 2012 um 17:30 Uhr

Weitere Informationen:

- [Mündliche Anfrage an die Kommission](#)

Eurobonds: Was nun?

Am Dienstag werden die Abgeordneten die Kommission zum Stand der Dinge rund um das Grünbuch „Eurobonds“ und zu den Reaktionen der Mitgliedstaaten befragen. Euroanleihen könnten mittelfristig zu mehr Stabilität in der Eurozone beitragen, kurzfristig bedarf es aber anderer Instrumente, um den unmittelbaren Herausforderungen gerecht zu werden, heißt es in einer am Mittwoch abzustimmenden Resolution.

Im Entschließungsantrag wird die Kommission aufgefordert, zügig Auswege aus der derzeitigen Krise vorzuschlagen, etwa in Form eines europäischen Schuldentilgungsfonds. Das Parlament tritt auch für eine gemeinsame Verwaltung der Emission staatlicher Schuldtitel ein.

Vorbedingungen zur Einführung von Euroanleihen sind die Einschränkung möglichen moralischen Fehlverhaltens und Anreize, um das System sowohl für Länder mit hoher Kreditwürdigkeit als auch für schwer verschuldete Länder attraktiv zu gestalten. Zudem muss das System die Wettbewerbsfähigkeit stärken, zum durchsetzbaren Schuldenabbau verpflichten und eine engere Haushaltskoordination vorsehen.

Debatte: Dienstag, 14. Februar 2012

Abstimmung: Mittwoch, 15. Februar 2012

Verfahren: Entschließungsantrag des Wirtschafts- und Währungsausschusses

Weitere Informationen:

- [Mündliche Anfrage an die Kommission](#)
- [Entschließungsantrag zu der Durchführbarkeit der Einführung von Stabilitätsanleihen](#)
- [Pressemitteilung nach der Abstimmung im Ausschuss \(20.12.2011\)](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Sharon BOWLES \(ALDE, UK\)](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Sylvie GOULARD \(ALDE, FR\)](#)

Plenartagung

Faire Preise für Milchbauern

Gerechte Preise für Rohmilch sollen Milchbauern ein besseres Einkommen sichern und ihnen die Umstellung auf die Zeit nach dem Auslaufen der Milchquotenregelung im Jahr 2015 erleichtern. Die mit dem Rat bereits informell vereinbarte Neuregelung wird am Dienstag im Plenum erörtert und am Mittwoch verabschiedet.

Die neuen Regeln stärken die Verhandlungsposition von Milchbauern, denen der Zusammenschluss in Organisationen ermöglicht wird, die stellvertretend Preisverhandlungen mit Abnehmerbetrieben führen können. Zudem werden Zuliefer-Regeln für bestimmte hochwertige Käsesorten mit Ursprungsbezeichnung eingeführt und den Mitgliedstaaten neue Instrumente an die Hand gegeben, um ihre Milchbauern zu schützen.

Debatte: Dienstag, 14. Februar 2012

Abstimmung: Mittwoch, 15. Februar 2012

Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren (Mitentscheidung), Einigung in erster Lesung

Pressekonferenz: Mittwoch, 15. Februar 2012 um 15:30 Uhr

Weitere Informationen:

- [Pressemitteilung zur informellen Einigung mit dem Rat \(EN, 06.12.2011\)](#)
- [Kompromisstext EP-Rat \(Änderungsantrag 83, 06.12.2011\)](#)
- [Pressemitteilung nach der Abstimmung im Ausschuss \(27.06.2011\)](#)
- [Berichtsentwurf im Sektor Milch und Milcherzeugnisse](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters James NICHOLSON \(EKR, UK\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)
- [Zusammenfassung der Kommission zu Verträgen zwischen Milchbauern und Molkereien \(30.09.2009\)](#)
- [Zusatzinformationen zur Arbeit der hochrangigen Gruppe "Milch"](#)

Plenartagung

Bessere Regelungen gegen Blauzungenkrankheit

Am Dienstag wird das Parlament über eine Novellierung bestehender Regeln abstimmen, die die flexiblere Nutzung von neuen Impfstoffen gegen die Blauzungenkrankheit erlauben. Diese Erkrankung betrifft Wiederkäuer wie Rinder, Schafe und Ziegen. Sollten die Abgeordneten den Kompromiss, der mit dem Rat erzielt wurde, absegnen, könnten die neuen Impfstoffe bereits während der Impfsaison 2012 verstärkt eingesetzt werden.

Abstimmung: Dienstag, 14. Februar 2012

Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren (Mitentscheidung), Einigung in zweiter Lesung

Weitere Informationen:

- [Empfehlungsvorschlag des Agrarausschusses für eine zweite Lesung \(angenommen am 06.02.2012\)](#)
- [Position des Rates \(15.12.2011\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Janusz WOJCIECHOWSKI \(EKR, PL\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

Plenartagung

Funkfrequenzen für mobile Breitbanddienste bereitstellen

Der vorläufige Deal mit den Mitgliedstaaten über die beste Neuzuteilung des Funkfrequenzspektrums wird am Dienstag zur Abstimmung stehen. Diese Funkfrequenzen werden durch die Umstellung von analogem auf digitales Fernsehen frei für neue Nutzungsmöglichkeiten und könnten beispielsweise für kabellose Breitbanddienste bereitgestellt werden.

Laut vorläufigem Deal sollen Frequenzen im 800-MHz-Band vom 1. Januar 2013 für kabellose Breitbanddienste nutzbar gemacht werden. Zudem hat das Parlament beantragt, dass bis 2015 die Zuweisung ausreichender und geeigneter Frequenzen für den mobilen Datenverkehr im Bereich über 1200 MHz sichergestellt werden soll.

Debatte: Dienstag, 14. Februar 2012

Abstimmung: Mittwoch, 15. Februar 2012

Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren (Mitentscheidung), Zweite Lesung

Pressekonferenz: Mittwoch, 15. Februar 2012 um 14:00 Uhr

Weitere Informationen:

- [Empfehlungsvorschlag zur Einrichtung eines Mehrjahresprogramms für Funkfrequenzpolitik](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Gunnar Hökmark \(EVP, SV\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)
- [Aktuelle Pressemitteilung \(EN, 28.11.2011\)](#)

Plenartagung

Versteckte Bankgebühren bei grenzüberschreitenden Zahlungen sollen abgeschafft werden

Versteckte Bankgebühren bei grenzüberschreitenden Zahlungen sollen nach neuen EU-Regeln, die am Dienstag zur Abstimmung stehen, abgeschafft werden.

Bis zu 123 Milliarden Euro könnten innerhalb von sechs Jahren für Kunden, Banken und Unternehmen eingespart werden, wenn gewährleistet wird, dass Banken in fairem Wettbewerb zueinander stehen, um diese Leistungen anzubieten und sie schneller bereitstellen.

Die Banken müssen sicherstellen, dass ihre Zahlungssysteme wie Überweisungen und Lastschriften bis zum 1. Februar 2014 den Bedingungen der Verordnung des Einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum (SEPA) entsprechen.

Debatte: Montag, 13. Februar 2012

Abstimmung: Dienstag, 14. Februar 2012

Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren (Mitentscheidung), Einigung in erster Lesung

Pressekonferenz: Dienstag, 14. Februar 2012 um 15:30 Uhr

Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf zum Vorschlag für eine SEPA-Verordnung](#)
- [Pressemitteilung zu SEPA \(EN, 20/12/2011\):](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Sari ESSAYAH \(EVP, FI\)](#)

Plenartagung

Bankeinlagensicherung: Abgeordnete fordern Ausweg aus der Sackgasse

Gebeutelte Banken müssen dazu verpflichtet werden, einen Teil des Geldes von Einlegern binnen fünf Werktagen nach Antrag auszuzahlen. Dies fordern die Parlamentarier in einem Resolutionsentwurf, über den am Donnerstag abgestimmt wird. Die Argumentation der Mitgliedstaaten, dass Einlagensicherungstöpfe erst aufgefüllt werden sollten, wenn eine gesonderte Gesetzgebung zum Management der Bankenkrise abgeschlossen ist, lassen die Abgeordneten nicht gelten.

Sie befürchten, dass dies die Finanzierungsfrist von Sicherungssystemen auf unbestimmte Zeit verschieben würde.

Da die Gespräche des Parlaments mit den Mitgliedstaaten über Gesetze für ein stärkeres Einlagensicherungssystem zum Stillstand gekommen sind, wird das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten wahrscheinlich zu einer zweiten Lesung führen. Dadurch wollen sie das Verfahren vorwärts bringen und Druck ausüben, um eine Einigung zu erzielen.

Dem Entwurf zufolge soll die Regelung, dass Einleger innerhalb von fünf Werktagen 5.000 Euro bekommen sollen im Jahr 2017 in Kraft treten. Zudem sollen Banken mit höherem Risiko mehr zur Finanzierung der Einlagensicherung beitragen als stabilere Banken. Weiterhin müssten Einlagensicherungssysteme ihr angestrebtes Fondsniveau innerhalb von 15 Jahren nach Inkrafttreten der neuen Gesetzgebung erreichen.

Debatte: Mittwoch, 15. Februar 2012

Abstimmung: Donnerstag, 16. Februar 2012

Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren (Mitentscheidung), Erste Lesung

Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf über Einlagensicherungssysteme \(Neufassung\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Peter SIMON \(S&D, DE\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

Plenartagung

Blinden Menschen soll der Zugang zu Büchern ge- ebnet werden

Die EU-Abgeordneten wollen von der Kommission wissen, ob es eine Möglichkeit gibt, einen internationalen Vertrag zu verabschieden, der es Menschen mit Sehbehinderungen und Fachorganisation gestattet, Kopien von urheberrechtlich geschützten Werken zugänglich zu machen. Die Kommission schlägt Vereinbarungen mit Interessengruppen in der EU und eine freiwillige Empfehlung auf internationaler Ebene vor. Die Gemeinschaft der Blinden in Europa hält beide für völlig unzureichend.

In einer im Mai 2011 verabschiedeten Resolution des Europäischen Parlaments wird die Kommission aufgefordert, "sich aktiv und positiv in die Bemühungen der Weltorganisation für Geistiges Eigentum (WIPO) einzubringen, auf der Grundlage des Vertragsentwurfs der Weltblindunion, der der WIPO 2009 vorgelegt wurde, eine verbindliche Rechtsnorm zu vereinbaren". Nur fünf Prozent der veröffentlichten Bücher in reicheren Ländern und weniger als ein Prozent in ärmeren sind zugänglich.

Debatte: Mittwoch, 15. Februar 2012

Abstimmung: Donnerstag, 16. Februar 2012

Verfahren: Mündliche Anfrage mit Debatte und Resolution

Weitere Informationen:

- [Mündliche Anfrage des Petitionsausschusses](#)
- [EP-Resolution zu der Erschließung des Potenzials der Kultur- und Kreativindustrien \(12.05.2011\)](#)

Plenartagung

Weitere Punkte der Tagesordnung

- Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt (Debatte: Montag, Abstimmung: Dienstag)
- Verknüpfung von Zentral-, Handels- und Gesellschaftsregistern (Debatte: Montag, Abstimmung: Dienstag)
- Derivate (Abstimmung: Dienstag)
- Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz und der Schengen-Besitzstand (Abstimmung: Mittwoch)
- Leitlinien für den Haushaltsplan 2013 (Debatte: Mittwoch, Abstimmung: Donnerstag)
- Regionales Übereinkommen über Pan-Europa-Mittelmeer-Präferenzursprungsregeln (Debatte und Abstimmung: Donnerstag)
- Kollektive Rechteverwertung (mündliche Anfrage, Debatte: Montag, Abstimmung: Dienstag)
- Ernennung eines Mitglieds des Rechnungshof: Baudilio Tome Muguruza (ES) (Abstimmung: Mittwoch)
- Die Zukunft des GMES-Programms (mündliche Anfrage, Debatte und Abstimmung: Donnerstag)
- Extraterritoriale Auswirkungen von Rechtsvorschriften von Drittländern und EU-Datenschutzgesetze (mündliche Anfrage, Debatte: Mittwoch)